



Sehr geehrter Herr Dr. Schmolke,

die Kommentare zum Tag der Einheit zeigen, wie brüchig diese Einheit und wie zerrissen unsere Gesellschaft ist.

Der Herr Bundespräsident hat in seiner Rede zum Tag der Einheit versucht, diesen Spagat abzubilden und gleichzeitig Mut zu machen. Dabei ist er bemüht, die Ostdeutschen wie auch die Westdeutschen in ihrer jeweiligen Befindlichkeit anzusprechen. In seiner Rede hebt er die Leistung der Ostdeutschen besonders hervor, was angesichts der in den westdeutschen Bundesländern weit verbreiteten Empathielosigkeit zum Thema "deutsche Einheit" auch dringend notwendig ist.

Die Ostdeutschen... Wer soll da angesprochen werden? In seiner Rede kommt der Begriff "Bürgerrechtler und Bürgerrechtlerinnen" 3-mal, der Begriff "Friedliche Revolution" 4-mal und der Begriff "Osten" 9-mal vor. Es wird deutlich: Damit sollen die angesprochen werden, die im Herbst 1989 in der DDR auf die Straße gegangen sind. Und die, die heute noch dort leben.

Die DDR-Altübersiedler waren im Herbst 1989 nicht mit auf die Straße gegangen, denn sie hatten dem SED-Regime per "Abstimmung mit den Füßen" bereits den Rücken gekehrt und konnten nicht vor Ort sein. Sie hatten aber mit ihrem Handeln eine Voraussetzung geschaffen, dass es eine Friedliche Revolution werden konnte. Die DDR war wirtschaftlich und moralisch geschwächt, die Fundamente der Mauer unterspült. Die inzwischen erstarkte Bürgerrechtsbewegung konnte letztlich die Mauer einreißen, hatten doch die DDR-Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller als Vorläufer der Bürgerrechtsbewegung eine historisch bedeutsame Vorarbeit geleistet.

Gehören die DDR-Altübersiedler in der Ansprache des Herrn Bundespräsidenten mit zu den Ostdeutschen? Wohl eher nicht, denn das Phänomen "Flucht und Ausreise" wird von ihm nicht einmal gestreift. Angesichts des nicht mehr zu leugnenden gesellschaftlichen Auseinanderdriftens kommt dem DDR-Altübersiedler zunehmend seine ostdeutsche Identität wieder zum Bewußtsein. Diese Einsicht wird nicht zuletzt durch die Wahrnehmung, dass wir als ehemalige DDR-Flüchtlinge in den Betrachtungen des Herrn Bundespräsidenten keinen Platz haben, befruchtet.

Die offensichtlich lange zurückliegende, aber niemals publizierte "politische Entscheidung" (BMAS), die DDR-Altübersiedler rückwirkend aus ihrer westdeutschen Zugehörigkeit herauszulösen, ist für die Betroffenen ein Trauma. Die Erkenntnis, dass die Wiederherstellung des zu ihren Lasten verletzten Rechts durch systematisches Beschweigen und pures Aussitzen verweigert werden soll, macht alles nur noch schlimmer. Vor diesem Hintergrund darf es nicht verwundern, dass Zweifel am Funktionieren unserer parlamentarisch verfassten Demokratie laut werden.

Der Herr Bundespräsident kennt das Problem. Er kann es zwar nicht lösen, aber er könnte einen Impuls setzen, damit die "Tagespolitik", die das Problem lösen müsste, es aber seit vielen Jahren mit Schweigen zudeckt, tätig wird.

Der kürzlich begangene 15. Jahrestag des Bestehens der "Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V." (IEDF) hat übrigens auch in der Presse Niederschlag gefunden. Aus den Artikeln (siehe Anlagen) ist zu entnehmen, dass der Herr Bundespräsident über die beschriebene Misere informiert ist. Das wird von den Lesern als eine Botschaft der Hoffnung verstanden, denn es wird suggeriert, dass er ein offenes Ohr für den Vortrag hat.

Mit freundlichem Gruß,

Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
Vorsitzender IEDF

